

Rubrikanzeigen

Stellen
Veranstaltungen
Immobilien

ab Seite 10
ab Seite 21
ab Seite 26

Spitex Klettgau-Randen Der Präsident

Ivo Kolb freut sich über den Entscheid des Schaffhauser Obergerichts.

Klettgau/Reiat Seite 22

Es geht los Markus Baur, neuer

Trainer der Kadetten, startet mit seinem Team in die NLA-Meisterschaft.

Sport Seite 30



Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

Inland

Sozialhilfequote bleibt stabil

BERN 2012 haben 2,5 Prozent mehr Personen Sozialhilfe bezogen als im Vorjahr. Die Sozialhilfequote bleibt aber unverändert, weil gleichzeitig auch die Bevölkerungszahl gestiegen ist. Die Stadt Schaffhausen schneidet mit 3 Prozent gut ab. Die Zahl der über 50-jährigen Sozialhilfebezügler nimmt indessen landesweit zu.

Seite 7

Wirtschaft

Megadeal im Handymarkt

HELSINKI Lange wurde darüber spekuliert, jetzt wird es wahr: Microsoft kauft den Grossteil von Nokia. Damit vermählen sich zwei Grosskonzerne, die einst in ihrer Sparte den Ton angaben, in den letzten Jahren aber den Anschluss an die neuesten technologischen Entwicklungen verpassten.

Seite 9

Von Tag zu Tag

Forscher lassen 18 Bambis töten

BERN Im Kanton Bern haben in den vergangenen Tagen 18 Rehkitze erlegt werden müssen. Die Tiere waren für eine Studie mit Halsbandsendern ausgestattet worden. Diese weiteten sich aber wider Erwarten nicht aus, um sich der wachsenden Halsgrösse der Tiere anzupassen.

Seite 16

Gsaat isch gsaat

«Es darf kein Tabu geben»

Rosmarie Widmer Gysel
Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin, zu den Sparplänen der Regierung

ANZEIGE

Züglied Si gern?

Nei?

Aber mir!

Gebrüder GONZALEZ
Telefon 052 624 52 52 www.gonzalez.ch



Will sparen und die Steuern erhöhen: Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel. Bild Selwyn Hoffmann

Kanton erhöht die Steuern und leitet weiteres Sparprogramm ein

ESH3 reicht bei Weitem nicht, Schaffhausen muss ein zusätzliches Defizit von 40 Millionen Franken beseitigen.

VON ZENO GEISSELER UND ERWIN KÜNZI

SCHAFFHAUSEN Weil dem Kanton Schaffhausen die Erträge aus Beteiligungen weggebrochen sind, die Ausgaben für Gesundheit und Soziales demografiebedingt stark gestiegen sind und er zudem neu in den Finanzausgleich einzahlte, ist er in grossen finanziellen Schwierigkeiten. Das Entlastungsprogramm ESH3 im Umfang von 20 Millionen Franken reicht nicht aus, um wie-

der eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen, weshalb die Regierung für 2014 bis 2017 ein weiteres Massnahmenpaket geschnürt hat. Dieses hat einen Umfang von zusätzlichen 40 Millionen Franken und besteht je zur Hälfte aus Steuererhöhungen und aus Leistungskürzungen. «Der Handlungsbedarf für die Haushaltssanierung ist akut», sagte Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel gestern an einer Medienkonferenz. Schon ab 2014 sollen die höheren Steuern gelten.

Reaktionen der Fraktionen

Wie zu erwarten war, haben die im Kantonsrat vertretenen Fraktionen unterschiedlich auf die Pläne der

Regierung reagiert. Auf ein insgesamt positives Echo stiess die Absicht, den Staatshaushalt auf Sparpotenzial zu untersuchen, und zwar durch eine auswärtige Firma. Einzig die ÖBS/EVP-Fraktion zeigte Skepsis, da sie befürchtet, dass die eingesparten Kosten einfach wieder an einem anderen Ort auftauchen. Was die geplante Steuererhöhung mit dem Budget 2014 betrifft, so wird diese von der SP/Juso-, der ÖBS/EVP und der AL-Fraktion unterstützt. Widerstand haben die FDP/JF/CVP- und die SVP/Junge SVP/EDU/SVP-Senioren-Fraktion angekündigt. Sie wollen zuerst die Untersuchung und deren Resultate abwarten.

Kommentar **nebenan**, weitere Berichte auf **Seite 17**

Syrien

Flüchtlingsdrama und ein Fehllarm

GENF/JERUSALEM Mittlerweile sind zwei Millionen Menschen aus Syrien ins Ausland geflohen. Jeden Tag verlassen nahezu 5000 Syrer ihre Heimat, um vor allem in den Nachbarstaaten um humanitäre Hilfe zu bitten, wie die UNO gestern mitteilte. Zudem seien innerhalb Syriens etwa 4,25 Millionen Menschen aus ihren Wohnorten in andere Gebiete geflohen. Gestern haben russische Berichte über Raketenabschüsse im Mittelmeer zunächst Furcht vor einer Eskalation im Syrienkonflikt ausgelöst. Doch die «ballistischen Objekte» stammten von einem israelischen-amerikanischen Raketenstest. (r.)

Mehr auf **Seite 5**

Fall «Carlos»

2,9 Millionen für Jugendstraftäter

SCHAFFHAUSEN Der Fall des 17-jährigen Messerstechers, der für 29000 Franken pro Monat von der Zürcher Jugendanwaltschaft betreut wird, ist im Zürcher Kantonsrat zum Politikum geworden. Befremdet über die 24-Stunden-Betreuung und das «Carlos» zugestandene intensive Kampfsporttraining ist auch der leitende Schaffhauser Jugendanwalt Peter Möller. Elf delinquente Schaffhauser Jugendliche sind aktuell in Institutionen ausserhalb des Kantons im stationären jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug. Kosten für den Kanton im Jahr 2012: rund 2,9 Millionen Franken. (lbb)

Mehr auf **Seite 18**

Geschäftsaufgabe

Spleiss AG will auf Ende Jahr aufhören

SCHAFFHAUSEN Die 33 Mitarbeitenden der Schaffhauser Traditionsfirma Spleiss AG werden vermutlich eine neue Stelle suchen müssen: Das Unternehmen, das eine Baualerei und ein Industriespritzwerk betreibt, will per Ende 2013 schliessen. In einer Medienmitteilung von Geschäftsführer Alfred C. Spleiss hiess es, die getroffenen Massnahmen für eine Nachfolgeregelung hätten bisher zu keinem Ergebnis geführt. Derzeit läuft das Konsultationsverfahren mit dem Ziel, Lösungen zu finden, um die Geschäftsaufgabe zu vermeiden oder zumindest die Zahl der zu Entlassenden zu verringern. (rf)

Mehr auf **Seite 11**

Kommentar

Das war – leider – zu erwarten

ZENO GEISSELER

Jetzt ist es also so weit: Nach Jahren der Steuersenkungen ist der Kanton Schaffhausen gekippt und erhöht die Steuern. So sehen es die Pläne der Regierung vor, die gestern präsentiert worden sind. In gleichem Umfang soll bei den Leistungen gespart werden; je 20 Millionen Franken sollen erwirtschaftet werden.

Dass die Steuern erhöht werden müssen, ist keine Überraschung: Schon als das Volk sich im letzten November für höhere Beiträge an die Krankenkassenprämien aussprach, war absehbar, dass eine solche Millionenausgabe nicht über Einsparungen andernorts finanziert werden könnte. Als dann auch noch das Entlastungsprogramm ESH3 auf harten Widerstand stiess, wurde der Dreh an der Steuer-schraube noch wahrscheinlicher.

Die Erhöhung selbst fällt auf den ersten Blick nicht stark ins Gewicht: Ein Ehepaar mit 100 000 Franken Einkommen bezahlt 341 Franken mehr. Doch von diesen Zahlen sollte man sich nicht täuschen lassen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens kann die Erhöhung durchaus noch saftiger ausfallen; dann nämlich, wenn es dem Kanton nicht gelingt, die anderen 20 Millionen Franken aus dem Defizit über Leistungskürzungen zu finanzieren. In diesem Fall muss die Kasse über noch höhere Steuern saniert werden. Nicht täuschen sollte sich der Steuerzahler zweitens deswegen, weil Leistungskürzungen beim Kanton bedeuten können, dass das Geld einfach anderswo wieder reingeholt wird, sei es bei der Gemeinde und somit über höhere Gemeindesteuern, sei es über höhere Gebühren und Kosten.

Vergessen sollten wir zuletzt auch eines nicht: Eine Steuererhöhung ist ein ganz schlechtes Signal im internationalen Standortwettbewerb.

ANZEIGE

ABACUS Business Software

ABACUS vi
version internet

soft tech

UNSERE KOMPETENZ : IHR ERFOLG
www.softtech.ch

A1346100



Gartenbau Die Kantonsregierung wird die Forderungen der Unia-Petition zur Vergabe von Arbeiten nicht einhalten. **Region Seite 18**

Drohnen im Weinland Für den Ossinger Peter Weber sind Videodrohnen mehr als einfach ein Spielzeug. **Weinland Seite 25**

Jetzt kommt der Steuerzahler dran

Ende einer Ära: Zum ersten Mal in über zehn Jahren muss der Kanton seine Steuern erhöhen. Auch Leistungen werden gekürzt und Verkäufe von Beteiligungen geprüft, denn im Budget fehlen 40 Millionen Franken.

VON ZENO GEISSELER

Der Kanton Schaffhausen kämpft immer noch mit den Auswirkungen des 20-Millionen-Franken-Entlastungsprogramms ESH3, nun steht bereits die nächste Rosskur an: Weil die Ausgaben die Einnahmen trotz ESH3 immer noch um 40 Millionen Franken übersteigen, hat die Regierung ein weiteres Entlastungsprogramm eingeleitet. Dieses sieht vor, dass bis 2017 40 Millionen Franken je zur Hälfte über höhere Steuereinnahmen und über Leistungskürzungen erwirtschaftet werden – wobei diese Anteile nicht fix sind (siehe Interview). In einem ersten Schritt will die Regierung für das Budget 2014 den Steuerfuss von 112 auf 118 Prozentpunkte anheben. Dies spült 15 Millionen Franken in die Kasse. Um auf die geforderten 20 Millionen Franken an höheren Steuern zu kommen, will die Regierung weitere Massnahmen, etwa bei der Motorfahrzeugsteuer, prüfen.

Das ist eine Trendwende in der Steuerpolitik. Denn seit 2001 hatte der Kanton die Steuern immer gesenkt, zuletzt 2007 um 5 Prozentpunkte. Auch das Sparprogramm ESH3 hatte nicht an der Steuerschraube gedreht.

«Nicht eitel Freude»

Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel rechnete gestern vor den Medien vor, dass die Erhöhung tragbar sei: «Für mehr als drei Viertel der verheirateten Steuerzahler beträgt sie maximal 212 Franken. Für mehr als drei Viertel der Alleinstehenden beträgt sie maximal 315 Franken», sagte sie. «Die Massnahme wird im Kantonsrat und beim Volk nicht eitel Freude auslösen. Aber wir müssen jetzt handeln.»

Eine Steuererhöhung hatte sich schon länger abgezeichnet: Mehrere



«Wir müssen jetzt handeln»: Rosmarie Widmer Gysel, Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin. Links Erziehungsdirektor Christian Amsler.
Bild Selwyn Hoffmann

Kantone in einer ähnlichen Finanzlage hatten diesen Schritt getan, zudem scheint die Bereitschaft des Schaffhauser Volkes, seine Ansprüche zurückzuschrauben, begrenzt zu sein, wie etwa die Annahme der Prämienverbilligungs-Initiative oder der Kampf gegen die Beitragskürzungen bei den Kirchen und den Busbilletten zeigen. Und wo nicht gespart wird, da muss jemand die Rechnung bezahlen.

Wo genau die Regierung im neuen Programm auf der Leistungsseite ansetzen will, ist noch nicht bestimmt. Widmer Gysel listete gestern aber erste Bereiche auf, in denen genauer hingeschaut wird. Einen interkantonalen Vergleich soll es hier geben: soziale Sicherheit, Bildung (Einrichtung, Besoldungen, Effizienz), Gesundheit, allgemeine Verwaltung, Sicherheit (Polizei, Militär und Zivilschutz), Verkehr (Privatverkehr, öffentlicher Verkehr: Linien, Leistungsmenge, Wirtschaftlichkeit), Personalkosten (Lohnvergleich, Spielraum).

Auf ihre Effizienz untersucht werden sollen unter anderem das Steuerwesen, die Pädagogische Hochschule, die Wirtschaftsförderung, das Wohn-

ortsmarketing und die Imagekampagne, die Sonderschulen, die Strafverfolgung und Justiz, das Militär und der Zivildienst und die Landwirtschaft. Für diese Durchleuchtung setzt die Regierung auf eine externe Projektleitung; angefragt ist BAK Basel. Dafür beantragt die Regierung einen Nachtragskredit von höchstens 500 000 Franken, den das Parlament noch vor den Herbstferien sprechen soll.

Federn lassen müssen auch die Gemeinden: Kantonale Leistungen, welche Gemeinden speziell begünstigen, seien abzubauen.

EKS, SHKB: Verkauf als Option

Gefordert sind zudem Staatsbetriebe wie die Kantonbank und das Elektrizitätswerk (EKS): Dort sei zu prüfen, wie sie ihre Erträge steigern könnten. Unter Druck kommen staatliche Beteiligungen aber auch, weil die Regierung vorschlägt, dass ihr Verkauf zu prüfen sei – «zur Finanzierung von Investitionen», wie es hiess. Wird also die Kantonbank verkauft, um das neue Spital bauen zu können? So konkret sind die Pläne der Regierung noch nicht.

Steuererhöhung Wer wie viel mehr bezahlt

0 Franken Einkommen Rund 3000 Personen und Ehepaare haben kein steuerbares Einkommen. Sie werden von der Erhöhung des Steuerfusses nicht tangiert.
25 000 bis 99 999 Franken Fast zwei Drittel der Steuerpflichtigen, rund 28 000 Dossiers, fallen in diese Bandbreite des steuerbaren Einkommens. Sie bezahlen zwischen 25 Franken* und 341 Franken mehr Steuern. Diese Gruppe ist für den Kanton sehr wichtig: Sie bezahlt mehr als die Hälfte aller Steuern der natürlichen Personen.
125 000 bis 250 000 Franken In dieser Gruppe gibt es rund 2000 Steuerpflichtige. Sie bezahlen 486 bis 1307 Franken mehr.
1 000 000 Franken Wer eine Million verdient, muss knapp 6000 Franken mehr Steuern bezahlen.

* Berechnungen für Verheiratete, ohne Vermögen. Die Zahlen sind Richtwerte.

Nachgefragt



Rosmarie Widmer Gysel
Regierungspräsidentin

«Steuerstrategie nicht am Ende»

Frau Regierungspräsidentin, erstmals seit über zehn Jahren muss der Kanton Schaffhausen seine Steuern erhöhen. Ist Ihre Steuerstrategie gescheitert?

Rosmarie Widmer Gysel: Nein. Als wir in den vergangenen Jahren grosse Überschüsse erwirtschafteten, konnten wir diese in Form von Steuerensenkungen weitergeben. Das heutige Defizit ist ein strukturelles: Die Erträge von der Axpo und der Nationalbank und aus der direkten Bundessteuer sind eingebrochen, zudem gehören wir seit 2013 zu den finanzstarken Kantonen und müssen in den Finanzausgleich einzahlen. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich überproportional angestiegen. Jetzt müssen wir den Haushalt wieder ins Lot bringen. Das langfristige Ziel eines attraktiven Steuerumfeldes bleibt aber bestehen.

Das Entlastungsprogramm 2014 soll je zur Hälfte aus Leistungskürzungen und aus Steuererhöhungen finanziert werden. Ist diese Aufteilung in Stein gemeisselt?

Widmer Gysel: Nein, ganz und gar nicht. Wenn es dem Parlament gelingt, bei den Leistungen 40 Millionen Franken an Einsparungen zu finden, müssen wir den Steuerfuss nicht erhöhen.

Beim Entlastungsprogramm ESH3 gab es grossen Widerstand. Sind Sie für das neue Programm zuversichtlicher?

Widmer Gysel: Einfach wird es nicht, denn bis jetzt stand die Besitzstandsverteidigung im Vordergrund. Doch letztlich ist es einfach so: Wenn wir bei den Einnahmen auf 90 Prozent aller Kantone kommen, bei den Leistungen aber auf 115 Prozent, dann kann die Rechnung nicht aufgehen. Deshalb werden wir alle Bereiche unter die Lupe nehmen. Es darf kein Tabu geben.

Interview Zeno Geisseler

Spar- und Steuerpläne der Regierung Was die Präsidien der Kantonsratsfraktionen davon halten

Die Fraktionspräsidien äussern sich unterschiedlich zu den Plänen der Regierung (siehe Artikel auf dieser Seite). Die FDP/JF/CVP-Fraktion teilt laut Fraktionspräsidentin **Jeanette Storrer** die Analyse der Regierung: Das strukturelle Defizit von 40 Millionen Franken jährlich ist unbestritten. Der Weg, den die Regierung vorschlägt, um dieses zu beheben, wird allerdings nicht gestützt. «Jetzt muss zuerst einmal die Untersuchung durchgeführt und mögliches Sparpotenzial ermittelt werden, bevor man nachher allenfalls über eine Steuererhöhung sprechen kann», so Storrer. Aber, gibt sie zu bedenken, Schaffhausen sei kein Steuertiefkanton: «Eine Verschlechterung können wir uns nicht leisten, das hätte einen Bumerangeffekt zur Folge.» Eine Steuererhöhung mit dem Budget 2014

komme deshalb nicht in Frage; eher noch soll das Eigenkapital angezapft werden. Dass die Untersuchung extern vergeben wird, unterstützt die Mehrheit der Fraktion.

Die SVP/Junge SVP/EDU/SVP-Senioren-Fraktion hat die Problematik zwar schon diskutiert, aber dazu noch keine Beschlüsse gefasst. Begrüssst werden die Sparanstrengungen, so Fraktionspräsident **Peter Scheck**, ebenso wie die Vergabe des Untersuchungsauftrages an eine externe Firma: «Selber ist man ja oft betriebsblind, und am eigenen Stuhl sägen will auch niemand», erklärte Scheck. Es sei logisch, Abläufe und Effizienz zu untersuchen, um so bessere Lösungen zu finden. Die geplante Steuererhöhung bezeichnet Scheck hingegen als «eher heikel». Zuerst müsse die Untersuchung durchge-

führt werden. Habe man hier Lösungen, könne man über Steuererhöhungen sprechen. Aktuell sei eine grosse Mehrheit der Fraktion dagegen. «Ich glaube nicht, dass die Erhöhung mit dem Budget 2014 eine Mehrheit im Kantonsrat findet», so Scheck.

In der SP/Juso-Fraktion ist der Tenor gegenüber dem Vorhaben der Regierung «mehrheitlich positiv», sagt Fraktionspräsident **Werner Bächtold**. Was die Untersuchung des Staatshaushaltes angehe, so sei ein unvoreingenommener Aussenblick nötig. «Das kostet Geld, aber vielleicht sind es ja dann nur 400 000 Franken», sagte Bächtold. Dass ein renommiertes Institut den Auftrag erhalten soll, unterstützt die Fraktion: «So werden die Ergebnisse auch eher akzeptiert und ganz oder teilweise umgesetzt.» Was die

Steuererhöhung angeht, ist die SP/Juso-Fraktion klar der Meinung, dass die Hälfte des strukturellen Defizits mit Steuererhöhungen und nicht mit einem Leistungsabbau beseitigt werden soll. «Das ist zwar nicht attraktiv, aber dafür ist der Steuerfuss da: In guten Zeiten senkt man ihn, in schlechten erhöht man ihn wieder. Das ist auch sozial, denn so trifft es die, die viel haben, mehr als die, die wenig haben», meint Bächtold. Schon beim ESH3 habe die SP/Juso-Fraktion für Steuererhöhungen plädiert. «Gut, dass die bürgerliche Regierung das jetzt vorschlägt.»

«Es gibt keine Alternativen zu Steuererhöhungen», sagte **Iren Eichenberger**, Präsidentin der ÖBS/EVP-Fraktion, die, wenn die Erhöhung nicht von der Regierung vorgeschlagen worden wäre, gegen das Budget 2014 das Refe-

rendum ergriffen hätte. Den Vorschlag der Regierung bezeichnet Eichenberger als «respektabel»: «Das ist mehr als nur Kosmetik.» Skeptisch ist die Fraktion, was die Untersuchung angeht: «Da werden Bereiche genannt, die schon bluten mussten. Zudem verursachen Streichungen oft nur Kosten an einem anderen Ort.»

«Es schadet nichts, wenn jemand von aussen die Prozesse anschaut», sagt **Jonas Schönberger**, Präsident der AL-Fraktion. Was die Untersuchung angeht, so möchte die AL im Steueraussschuss vertreten sein. Abbaupotenzial sieht die AL bei Militär, Zivilschutz, Wirtschaftsförderung und der Verwaltung. Die Steuererhöhung wird unterstützt. «Die haben wir schon beim Budget 2013 beantragt», so Schönberger.



Jeanette Storrer
FDP/JF/CVP-Fraktion



Peter Scheck
SVP/Junge SVP/EDU/SVP-Senioren-Fraktion



Werner Bächtold
SP/Juso-Fraktion



Iren Eichenberger
ÖBS/EVP-Fraktion



Jonas Schönberger
AL-Fraktion